



Themen

Sicherheit

Krisen und Konflikte

Regionale Zusammenarbeit

Herausforderungen

Westafrika im Überblick

Westafrika

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Herausforderungen für die internationale Sicherheit

Wirtschaftliche Effekte bei Friedenseinsätzen

Der Faktor Ökonomie stellt ein unterschätztes Bindeglied zwischen vielen Aktivitäten des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements dar. Wirtschaftliche Maßnahmen können eine positive Rolle bei der Konflikttransformation haben. Nicht umsonst ist „Ökonomische Revitalisierung“ auch eine Priorität der UNO im Peacebuilding. Vielfach hängt es davon ab, ob ein Bewusstsein über erzielbare Effekte auf Seite der intervenierenden Kräfte besteht. Wirtschaftliche Effekte werden am Beispiel des BMLVS/ÖBH untersucht, um innovative Ansätze für eine adäquate und effiziente Vorgangsweise zu diskutieren.

Syrien: Abgesang des arabischen Nationalismus

In dieser Ausgabe soll anhand einer genauen Darstellung der Situation vor dem Bürgerkrieg (staatstragende Ideologie, außenpolitische Orientierung, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung) aufgezeigt werden, aus welchen Elementen sich die Unzufriedenheit breiter Gesellschaftsschichten über die Jahre nährte, welche schlussendlich im März 2011 im Ruf der Schüler in Deraa nach einem Systemwechsel („Das Volk will den Sturz der Ordnung“) gipfelte und mittlerweile in einen umfassenden Bürgerkrieg gemündet ist.

Transitional Justice –Experiences from Africa and the Western Balkans

Nach Beendigung gewaltsamer Konfliktphasen stehen nationale und internationale Akteure vor der oft sehr schwierigen Aufgabe der Friedenskonsolidierung. Insbesondere im Umgang mit Kriegsverbrechen und der Reform des Sicherheits- und Justizsektors spielt die Frage der Durchsetzung der Gerechtigkeit in Transitionsprozessen eine zentrale Rolle. Dieser Sammelband thematisiert die Relevanz von „Transitional Justice“ sowohl aus theoretischer Perspektive als auch anhand konkreter Fallbeispiele aus den Friedensprozessen in Südafrika und auf dem Westbalkan.

Monitor Türkei Wahlen

Die Kommunalwahlen in der Türkei am 30. März 2014 haben einen klaren Sieg der AKP gebracht. Massenproteste im Sommer 2013 und eine aufgeflogene Korruptionsaffäre konnten der Popularität Erdogans nichts anhaben. Dieser steht bei weiten Kreisen der Bevölkerung für den wirtschaftlichen Aufschwung und man wollte in unsicheren Zeiten offenbar keine Experimente eingehen. Es ist allerdings zu befürchten, dass der Ministerpräsident seine autoritäre Amtsführung fortsetzt, den früheren Reformkurs weiter verlässt und die Polarisierung im Lande andauert.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. IFK Aktuell folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVAk/BMLVS) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte und Ansätze zu deren Bewältigung. Weiters wird auf neue Trends und Erscheinungsformen im Zusammenhang mit internationalem Krisenmanagement hingewiesen. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLVS unter:

www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml



Bild: Nadja Meister

Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger

Westafrika: Herausforderungen für die internationale Sicherheit

Der Konflikt in Mali und die militärische Intervention durch Frankreich rückten Westafrika wieder einmal in das Blickfeld des internationalen Interesses. Aber auch die Flüchtlingsdramen im Mittelmeer zeigen, wie sehr der südliche Nachbarkontinent und Europa miteinander verwoben sind. Von Entwicklungen in Westafrika ist Europa mittelbar oder unmittelbar betroffen, sei es durch Flüchtlinge, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben den Weg über das Mittelmeer suchen, sei es durch die Abhängigkeit von Erdöl- und Erdgaslieferungen, sei es durch Terrorismus, der auch nach Europa getragen werden könnte.

Alle Staaten, die Mitglied der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) sind, verfügen über große Vorkommen von Erdöl und Erdgas, Uran oder Mineralien wie Diamanten. Zwei Drittel der weltweiten Kakaoproduktion findet in Westafrika statt. Derzeit leben ca. 350 Millionen Menschen in dieser Region. Die Bevölkerung ist jung und wächst ebenso rasch wie die Urbanisierung zunimmt. Zu den großen Herausforderungen zählen nicht abgeschlossene Staatsbildungs-Prozesse sowie bewusst geschürte ethnische Konflikte, Flüchtlingsströme und der illegale Handel von Drogen, Zigaretten, Benzin, Menschen etc. durch die Sahara. An den Küsten wird vor einer Zunahme der Piraterie gewarnt. Und nicht zuletzt stellen extremistische und terroristische Gruppen einzelne Staaten vor komplexe Sicherheitsprobleme.

Die einzelnen Staaten sind jedoch sehr unterschiedlich von den Problemen betroffen und sowohl politische als auch wirtschaftliche Entwicklungen laufen nicht unbedingt parallel. Auf Seite 13 befindet sich eine Überblickstabelle, welche die wichtigsten Länderdaten zusammenfasst.

INHALT

Herausforderungen für die Sicherheit

Seite 4

Schmuggel durch die Wüste
Korruption
Terroristische Gruppierungen
Migration
Piraterie
Religion
Klimawandel
Epidemien

Krisenherde und Konflikte

Seite 7

Der Krisenherd Mali
Brennpunkt Nigeria

Regionale Zusammenarbeit

Seite 11

Internationale Initiativen im Bereich Sicherheit
Das EU-Engagement in Westafrika

Westafrika im Überblick

Seite 13

Herausforderungen der Zukunft

Seite 14

Abkürzungsverzeichnis

Herausforderungen für die Sicherheit

Die Herausforderungen und Bedrohungen für die Sicherheit in Westafrika sind alle auf die eine oder andere Art und Weise miteinander verbunden und wären für sich genommen durchaus zu bewältigen. Allerdings bilden sie in Verbindung mit schwacher Regierungsführung, Korruption und Machtmissbrauch eine Mischung, die nur sehr schwer zu bekämpfen ist. Diese Komplexität bedingt daher einen mehrdimensionalen Ansatz, der weit über eine enge Sicht von Sicherheit hinausgeht.

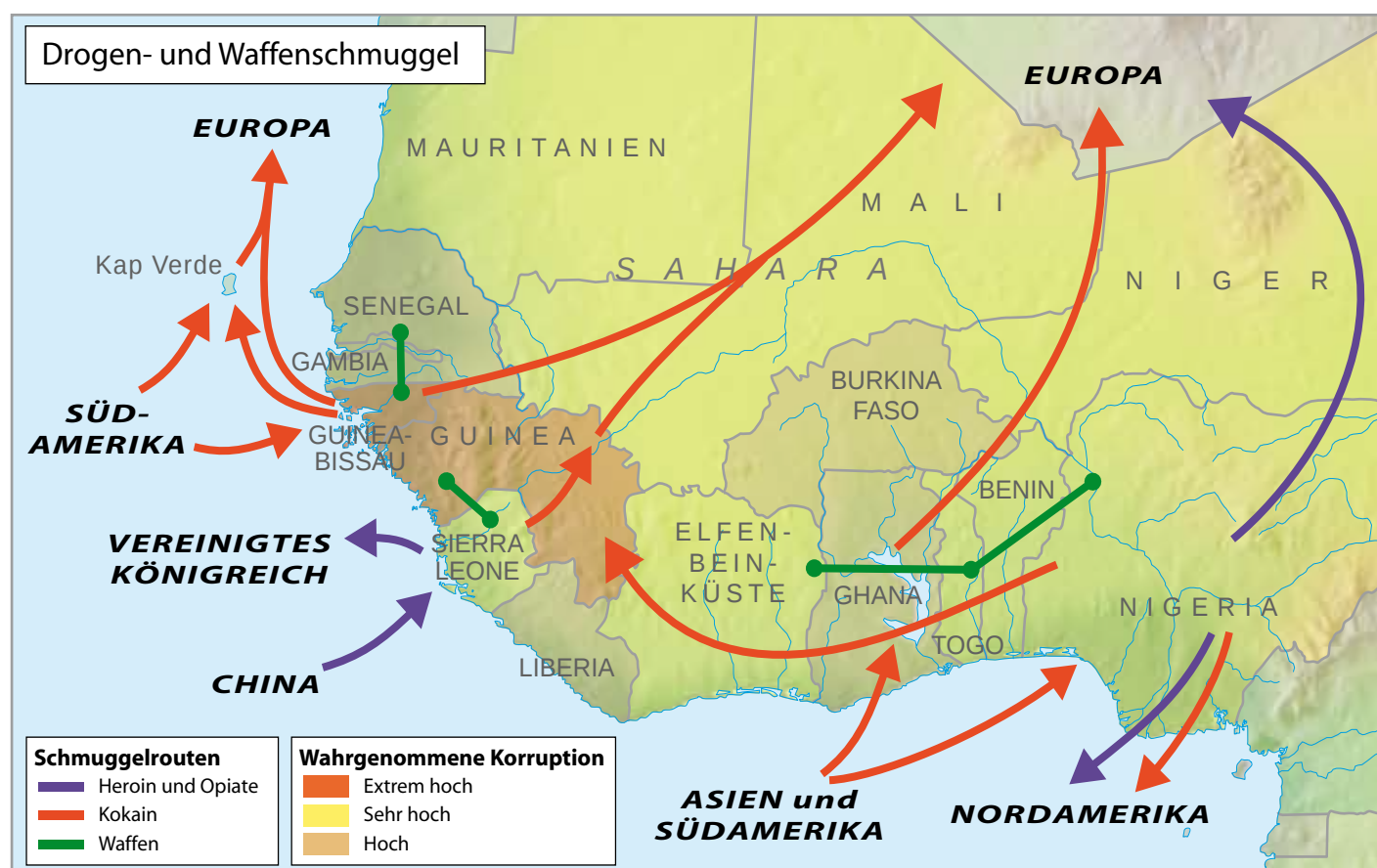
Neben den klassischen Herausforderungen im Sicherheitsbereich kämpfen viele Staaten in Westafrika mit zusätzlichen Problemen, die nicht von Menschen gemacht wurden. Das sind im Gesundheitsbereich Epidemien, unter den Naturkatastrophen Überschwemmungen und Dürre. Aber auch alle paar Jahre wiederkehrende Heuschreckenplagen können existentielle Bedrohungen bedeuten und Instabilität fördern.

Schmuggel durch die Wüste

Die Sahara hatte über Jahrhunderte keine trennende, sondern – vergleichbar einem Meer – eine verbindende Bedeutung. Handel durch die Wüste wird seit Jahrhunderten betrieben und die Händler haben besondere Fähigkeiten entwickelt, um ihre Waren und

Dienstleistungen anbieten zu können. Die heutigen Schmuggelrouten wurden und werden teilweise seit Jahrhunderten von den selben Gruppen betrieben, die den Handel durch die Sahara organisierten. Moderne Kommunikation und Navigation haben den Spediteuren zusätzlich neue Möglichkeiten eröffnet. Handelsrouten können heutzutage sowohl zeitlich (innerhalb weniger Stunden) als auch regional – je nach Erfordernis – sehr flexibel verlegt werden. Für die Sicherheitskräfte stellt dies in allen Staaten Westafrikas eine enorme Herausforderung dar.

Laut United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) wurden im Jahr 2010 18 Tonnen an Drogen im Wert von 1,25 Mrd. US-Dollar über diese Region nach Europa geschmuggelt. Während der letzten Jahre hat aber auch die Produktion von Drogen in Westafrika selbst zugenommen. Diese werden hauptsächlich für den Export nach Ostasien und Südafrika hergestellt. Westafrika ist zudem ein Absatzmarkt für gefälschte Medikamente, die nicht in den Ländern verkauft werden, die den höchsten Gewinn versprechen, sondern in jenen mit der geringsten Wahrscheinlichkeit entdeckt zu werden. Gefälschte Medikamente stellen ein doppeltes Risiko dar: Einerseits werden resistente Krankheitserreger dadurch gefördert und andererseits kann der Anwender direkt geschädigt werden.



Quelle: Riccardo Pravettoni (2010)

Grenzüberschreitender illegaler Waffenhandel stellt für die Region ebenfalls ein nicht zu unterschätzendes Sicherheitsrisiko dar. Es zirkulieren vor allem Waffen aus vergangenen Konflikten und ersetzen damit den Import neuer Produkte. Zusätzlich wurden und werden Bestände aus Militär- oder Polizeilagern gestohlen. Ca. 10.000 bis 20.000 Stück leichte Waffen wie z.B. Sturmgewehre sollen allein aus Libyen stammen und nach dem Sturz von Muammar al-Gaddafi 2011 ihren Weg nach Westafrika gefunden haben.

Korruption

Schmuggel und organisierte Kriminalität werden durch Korruption staatlicher Organe begünstigt. Hohe Profite bringen selbst Regierungsmitglieder auf die Gehaltslisten krimineller Organisationen. An der Spitze der Staaten stand dabei in der Vergangenheit Guinea-Bissau, ein Staat, in dem sogar hochrangige Angehörige der Sicherheitskräfte der Korruption bezichtigt wurden. So wurde der ehemalige Generalstabschef der Seestreitkräfte, Admiral Jose Americo Bubo Na Tchuto, wegen Drogenhandel von den USA verhaftet. Er soll sich bereits schuldig bekannt haben.

Terroristische Gruppierungen

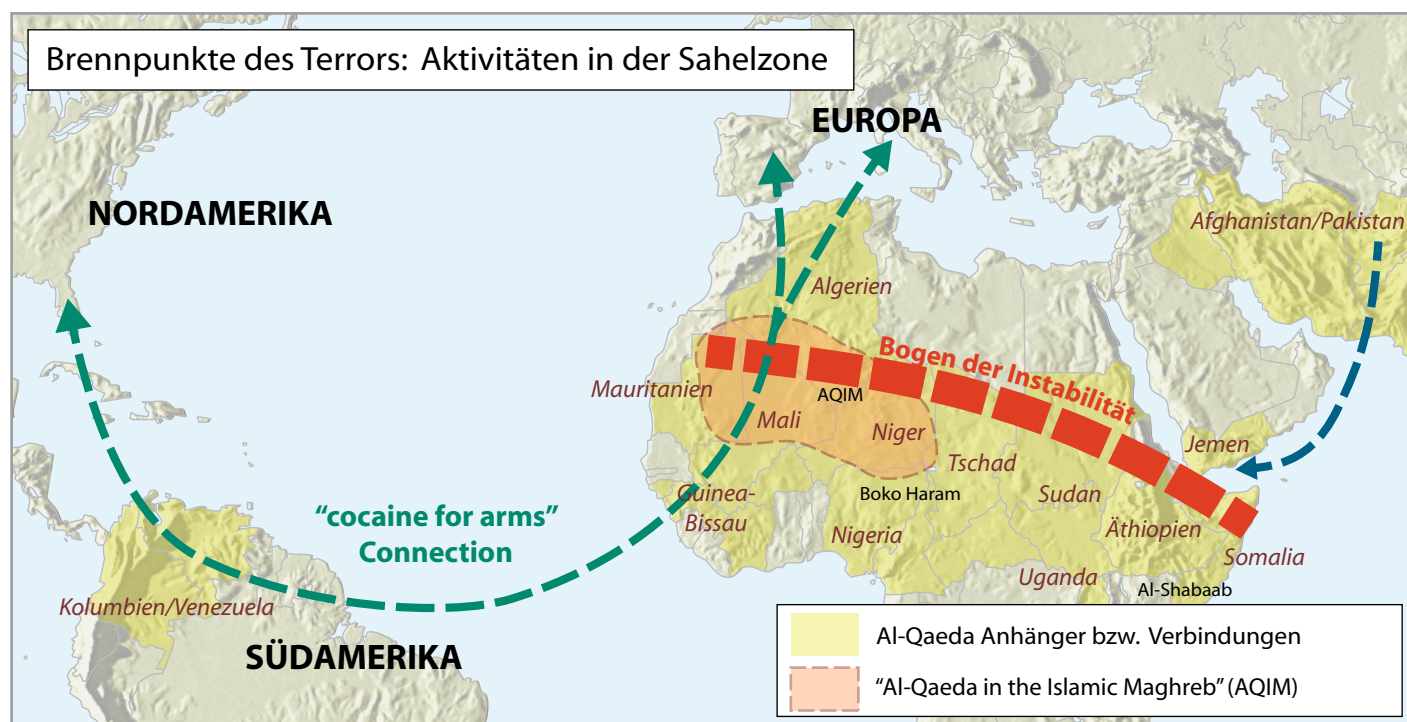
In der Region Westafrika und den angrenzenden Gebieten agieren international vernetzte terroristische Organisationen. Ihre Operationen bleiben jedoch in vielen Fällen auf das Staatsgebiet ihrer Herkunft beschränkt. Trotz ihrer relativen organisatorischen Flexibilität blieben einige Gruppen seit Jahren unter ihrem derzeitigen Namen aktiv, andere hingegen haben durch Namensänderungen eine Weiterentwicklung dokumentiert. Die größte internationale Aufmerksamkeit galt bisher Al-Qaeda im Maghreb (AQIM) durch den Konflikt in Mali sowie Jama'atu Ahlis Sunna Lidda'awati wal-

Jihad (Boko Haram) aufgrund spektakulärer Anschläge und Entführungen in Nigeria. Daneben haben auch die Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (Mujao - Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest) und Vanguard zum Schutz der Muslime in „Schwarzafrica“ (Ansaru - Jama'atu Ansarul Muslimina fi Biladis Sudan) überregionale Bedeutung. Gruppen wie Ansar ad-Din (Unterstützer des Glaubens) sind zwar ebenfalls international und regional mit anderen Gruppen vernetzt, beschränken sich aber im Wesentlichen auf ein Land, in diesem Fall Mali.

All diese Gruppierungen berufen sich in ihrem Kampf auf religiöse Werte. Tatsächlich verfolgen sie aber sehr verschiedene ökonomische oder politische Ziele, die sie über religiöse Mobilisierung erreichen wollen. Ihre internationale Vernetzung ist zwar unbestritten, dennoch stehen einer Vereinigung unter einem Dach zahlreiche Gründe entgegen. Vor allem kann in den meisten Fällen keine scharfe Trennlinie zwischen politisch/religiöser Ausrichtung und organisierter Kriminalität gezogen werden. Deshalb kommt es immer wieder zu Spaltungen, Wiedervereinigungen, Neu- und Umgründungen. Wirklich stabil scheint keine dieser Gruppierungen zu sein. Im August 2013 fusionierte zum Beispiel Mujao mit Katibat El Moulethemoune – beides Splittergruppen von Al-Qaeda im Maghreb – zu Mourabitounes, natürlich mit dem Ziel, alle Muslime vom Nil bis zum Atlantik zu vereinen. AQIM wiederum hat durch die französische Intervention in Mali an Bedeutung verloren, da sich Gruppen abgespalten. In den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob und welche Gruppen in der Sahel-Sahara-Region dominieren und welche Gruppierungen sich formieren können.

Migration

Das Thema Migration wird politisch zumeist unter dem Aspekt Sicherheit abgehandelt und dafür gibt es gute Gründe. Ihrem Wesen



Quelle: Yonah Alexander (2011)

nach ist Migration allerdings ein soziales Phänomen, das im Wesentlichen darauf beruht, dass Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben ihre ursprünglichen Lebensräume verlassen und für sich günstigere Bedingungen suchen. Während der letzten Jahre haben sich die Migrationsrouten nach Europa mehrfach verschoben und die Ströme schwanken. Im letzten Jahrzehnt wurde die Route über die Kanarischen Inseln bevorzugt, derzeit ist Libyen im Fokus. Ca. 800.000 Menschen sollen dort auf ihre Überfahrt nach Europa warten. Vor allem seit dem Bürgerkrieg in Syrien versuchen auch aus dieser Region viele Menschen über Libyen und das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Die Schwäche der europäischen Wirtschaft hatte zu Beginn des Jahrzehnts den Menschensmuggel von Westafrika nach Europa zurückgehen lassen. Während der letzten beiden Jahre ist allerdings wieder ein Anstieg zu verzeichnen.

Piraterie

Während die Piraterie am Horn von Afrika nicht zuletzt durch ein großes internationales Engagement nachhaltig eingedämmt werden konnte, bleibt die Zahl der Piratenangriffe auf Schiffe im Golf von Guinea nahezu konstant. Gemäß der Daten, die das International Maritime Bureau (IMB) veröffentlichte, gab es alleine im ersten Quartal 2014 zwölf Angriffe von Piraten. Dies entspricht in etwa den Zahlen des Vergleichszeitraums des Vorjahres. 2013 wurden dem IMB 54 Überfälle gemeldet (2012: 64, 2011: 61). In der Regel werden Teile der Schiffsladung (z.B. Erdöl) gestohlen. Die Dunkelziffer der Angriffe dürfte jedoch höher sein. So geht das IMB davon aus, dass mindestens die Hälfte der Zwischenfälle nicht gemeldet wird.

Laut UNO sind die Angriffe in den Hafenbereichen in letzter Zeit zurückgegangen, im Gegenzug haben allerdings die Angriffe auf Hoher See zugenommen. Auffällig ist zudem, dass die Überfälle gewalttätiger werden. Bei einem Angriff im ersten Quartal 2014 vor der Küste Nigerias wurden 13 Geiseln genommen und ein Mensch entführt. Zudem verursacht Piraterie zunehmend nennenswerten ökonomischen Schaden in der Region, weshalb sich einige Staaten für militärische Gegenmaßnahmen entschieden haben, die durchaus erfolgreich waren.

Religion

Die beiden größten religiösen Gruppen sind Christen und Muslime, deren Verteilung in den einzelnen Staaten jedoch sehr unterschiedlich ist (siehe Übersicht auf der letzten Seite). Der Islam ist in Afrika vorwiegend in Nord- sowie Westafrika und an der Küste Ostafrikas verbreitet, das Christentum im südlichen Afrika, in Zentralafrika, in Ostafrika sowie an der Küste Westafrikas. Besonders im Sahel-Raum, wo beide Religionen aneinanderstoßen, treten immer wieder Konflikte auf, die auch gewaltsam sein können. Dennoch lässt sich keiner dieser Konflikte damit erklären. Gewaltsame Konflikte basieren im Wesentlichen auf sozioökonomischen und politischen Faktoren und werden durch Religion aufgeladen. So beeinflusst Religion sowohl Intensität und Dauer von Konflikten. Zusätzlich dient sie vielen Akteuren auch dazu, Gewalt zu legitimieren. In Westafrika richtet sich das

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Heuschrecken sind eine große Herausforderung für die Landwirtschaft

Gewaltpotential vorwiegend gegen die eigenen Gesellschaften (z.B. Boko Haram in Nigeria), wobei die Übergänge zwischen Befreiungsbewegungen, kriminellen Organisationen, terroristischen und anderen Gruppierungen fließend scheinen.

Klimawandel

Alle klimainduzierten Konfliktkonstellationen, die künftig international vermehrt zu Auseinandersetzungen führen können, finden sich auch in den Staaten Westafrikas in unterschiedlichen Intensitäten wieder: die Verschlechterung der Qualität und sinkende Quantität von Süßwasserressourcen, der Rückgang der Nahrungsmittelproduktion, die Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen sowie in weiterer Folge Wanderbewegungen, Landflucht und Migration. In Westafrika sind besonders Küstenabtragung, der Anstieg des Meeresspiegels, Wüstenbildung, die Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit sowie Abholzungen von Bedeutung.

Unregelmäßig auftretende Heuschreckenplagen sowie Dürrekatastrophen haben nicht nur gravierende Auswirkungen auf die Versorgungslage der Bevölkerungen, sondern können auch zum Ausbruch von Konflikten beitragen. In Mali war beispielsweise der Mangel an Nahrungsmittel 2012 ein Faktor, der zur Tuareg-Revolution im Norden beigetragen hat. Auch bei früheren Aufständen war die kritische Nahrungsmittelversorgung mit ein Auslöser.

Epidemien

Epidemien können zu gravierenden „Sicherheitsproblemen“ führen. Im März 2014 wurden in Guinea mehrere Fälle von Ebola bekannt. Während die Bevölkerung nach Sündenböcken suchte und sich dadurch die Sicherheitslage verschlechterte, wurde die Krankheit auch zu einem regionalen Problem. Aus Liberia und Mali wurden ebenfalls Fälle gemeldet. Staaten wie Saudi Arabien verweigern daher beispielsweise Pilgern aus diesen Staaten die Einreise. Darüber hinaus schränken viele Staaten die Zusammenarbeit ein und der regionale Handel mit Guinea kam de facto zum Erliegen.

Krisenherde und Konflikte

Die meisten Konflikte in Westafrika sind innerstaatliche Auseinandersetzungen, wobei Umverteilungsfragen und der Zugang zu Ressourcen im Vordergrund stehen. Gewaltsame Auseinandersetzungen waren in den letzten Jahren rückläufig, allerdings sollten die Entwicklungen in der Sahel-Sahara-Region als Alarmzeichen gewertet werden. Ohne entsprechendes Krisen- und Konfliktmanagement haben mehrere innerstaatliche Konflikte das Potential zu eskalieren. Darüber hinaus existieren in durchaus stabilen Staaten, wie zum Beispiel im Senegal mit dem Konflikt in der Casamance, aber auch in Nigeria im Nigerdelta, Auseinandersetzungen von niedriger Intensität, die ein gewisses Eskalationspotential in sich bergen.

"The roots of conflict in West Africa are much deeper and complex, and are embedded in the interplay of historical factors, socio-economic crisis, legacies of authoritarianism and the politics of exclusion, international forces, and local struggles"

Cybil Obi: 'Conflict and Peace in West Africa', 2012

Die Staaten der Mano River Union (MRU) wurden in den 1990er (Liberia, Sierra Leone) und 2000er Jahren (Côte d'Ivoire) von Bürgerkriegen erschüttert, die von besonderer Brutalität geprägt waren. Auch das vierte Mitgliedsland, Guinea, litt unter Übergriffen sierra leonischer und liberianischer Rebellen sowie unter einem hohen Flüchtlingsdruck aus den Nachbarstaaten. Bisweilen hielten sich 500.000 Flüchtlinge in Guinea auf. Zur Stabilisierung trugen im Wesentlichen große UNO-Missionen bei, die in Côte d'Ivoire und Liberia nach wie vor präsent sind. Lediglich aus Sierra Leone konnten sich die Vereinten Nationen Ende 2005 zurückziehen. Der jüngste Krisenherd in Westafrika, in dem sowohl die UNO als auch die AU und die EU engagiert sind, ist Mali.

Der Krisenherd Mali

Eine Rebellion unzufriedener Tuareg führte in Mali 2012 zu einem Putsch in der Hauptstadt Bamako, während im Norden sowohl separatistische als auch islamistische Kräfte die Macht übernehmen konnten. Erst eine Intervention Frankreichs im Jänner 2013 (Operation Serval) konnte den Vormarsch einer Allianz dieser unterschiedlichen Gruppen Richtung Hauptstadt verhindern.

Die Präsenz der UNO-Truppen in Nordmali kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass radikale Organisationen nach wie vor einen gewissen operativen Spielraum haben. Vor allem Mujao konnte ihre Position in den letzten Monaten ausbauen. Die Bewegung hat während der Operation Serval am wenigsten Kämpfer verloren

und durch die Mourabitounes-Allianz mit dem Dschihadisten Mokhtar Belmokhtar sogar ihre Kapazitäten stärken können. Die Ermordung von Geiseln (wie im Fall des Franzosen Gilberto Rodriguez Leal) dient nicht nur dazu, den Kampf gegen Ungläubige und Eindringlinge fortzusetzen, sondern auch um ihre Präsenz und Macht gegenüber der lokalen Bevölkerung zu demonstrieren. Mujao konnte sich bereits wieder in der Region um Gao festsetzen und rekrutiert in diesem Raum neue Kämpfer.

AQIM hingegen wird als algerische Gruppierung wahrgenommen, da außer einem „Bataillon“, das von einem Nicht-Algerier, Abdel Kerim Targui, geführt wird, alle anderen Kommandanten Algerier sind. Wie stark die einzelnen Gruppen allerdings untereinander vernetzt sind zeigt die Tatsache, dass Abdel Kerim Targui ein enger Verwandter von Iyad Ag Ghali ist, dem Anführer von Ansar ad-Din.

Die Entwicklungen im Mai 2014 haben gezeigt, dass sich auch die Tuareg der MNLA (Mouvement National de Libération de l'Azawad) und andere separatistische Gruppen wieder formieren konnten. Dies führte erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Rebellengruppen. Nach zwei Tage dauernden heftigen Gefechten unterzeichneten in der Stadt Kidal drei Tuareg-Gruppen (MNLA, HCUA, MAA) ein Waffenstillstandsabkommen, das unter Vermittlung des mauretanischen Präsidenten Mohamed Ould Abdel Aziz (Vorsitz der Afrikanischen Union) zustande gekommen war. Vereinbart wurde sowohl die Wiederaufnahme von Gesprächen als auch die Freilassung von 300 in Bamako gefangen gehaltenen Tuareg.

HINTERGRUND

■ Ressourcen und Konflikte

Das Interesse externer Akteure gilt vor allem zwei ökonomischen Faktoren: Der gesamte Kontinent ist ein riesiger Markt mit einer Milliarde potentieller Käufer. Gleichzeitig ist Afrika aber auch ein Kontinent mit einer großen Ressourcenvielfalt. Gold wird z.B. in Ghana, Guinea und Niger abgebaut, Rutil in Liberia und Sierra Leone, Bauxit und Mangan in Ghana, Uran in Niger. Erdöl wird in Nigeria, Niger und in Côte d'Ivoire gefördert, Ghana schaffte kürzlich den Sprung in den Club der Förderländer. Diamanten zählen seit dem Film „Blood Diamond“ zu den bekanntesten Ressourcen in Westafrika.

Die Vielfalt an natürlichen Ressourcen zieht eine Reihe von Investitionen außerafrikanischer Staaten nach sich, wobei auch viele Unternehmen aus Schwellenländern den Sprung nach Afrika gewagt haben. Diese Investitionen schaffen aber nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern tragen sehr oft auch zu Spannungen zwischen der lokalen Bevölkerung und Unternehmen (z.B. Nigerdelta in Nigeria) bei. Innergesellschaftliche Brüche werden verstärkt oder entstehen neu. In manchen Fällen eskalieren Konflikte gewaltsam und führen zu lange andauernden Auseinandersetzungen, die eine regionale Dimension erreichen können.

Internationale Missionen in Westafrika

Die größten Missionen in Westafrika werden von der UNO gestellt. Neben dem Engagement in Liberia, Côte d'Ivoire, Mali und Guinea Bissau gibt es im Senegal mit UNOWA eine Mission, die positive Entwicklungen in Westafrika unterstützen soll. In Mali wurde die African-led International Support Mission to Mali (AFISMA) 2013 von einer UN-Mission (MINUSMA) abgelöst.

Die EU ist derzeit mit zwei Missionen in Westafrika engagiert: in Niger mit EUCAP SAHEL Niger – einer zivilen Mission – sowie in Mali mit einer Trainingsmission (EUTM Mali).



	Organisation	Mandat seit	Stärke	Grundlage/Mandat
UN 	United Nations Mission in Liberia (UNMIL)	September/Oktober 2003	6.094 uniformiertes Personal + 406 internationales ziviles Personal, 866 lokale Angestellte, 222 UN Freiwillige	Sicherheitsratsresolution 1509 (2003)
	United Nations Operation in Côte d'Ivoire (UNOCI)	April 2004	9.014 uniformiertes Personal + 386 internationales ziviles Personal, 752 lokale Angestellte, 150 UN Freiwillige	Sicherheitsratsresolution 1528 (2004)
	United Nations Multi-dimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA)	Juli 2013	8.255 uniformiertes Personal + 404 internationales Personal, 225 lokale Angestellte, 79 UN Freiwillige (= derzeitiger Stand)	Sicherheitsratsresolution 2100 (2013)
	United Nations Integrated Peace-Building Office in Guinea-Bissau (UNIOGBIS)	Jänner 2010 (löste das 1999 gegründete UN Peace-Building Support Office in Guinea-Bissau ab)		Sicherheitsratsresolution 1876 (2000)
	United Nations Office for West Africa (UNOWA)	2002		Brief des UNO-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat S/2001/1128
EU 	EUCAP SAHEL Niger (zivile Mission)	Sommer 2012	Ca. 50 Experten, Mehrheit davon aus europäischen Sicherheitskräften und Justizministerien permanent in Niamey stationiert	Council Decision 2012/392/CFSP
	EU Training Mission in Mali (EUTM Mali)	Februar 2013	Insgesamt etwa 580 Personen Militärisches Personal aus 23 Mitgliedsstaaten, u.a. auch aus Österreich	Council Decision 2013/87/CFSP in Übereinstimmung mit Sicherheitsratsresolution 2085 (2012)



Trotz internationalen Engagements haben die vielschichtigen sozialen und ethnisch aufgeladenen Konflikte in Mali nach wie vor das Potential, gewaltsam zu eskalieren. Jahrzehntelange Auseinandersetzungen haben so viel Misstrauen hinterlassen, dass ein nationaler Aussöhnungsprozess vermutlich noch viele Jahre dauern wird, Rückschläge inklusive. Immerhin stellt das Waffenstillstandsabkommen vom Mai 2014 eine Grundlage dar, auf der aufgebaut werden kann. Ein Dialog zwischen der Regierung und den Tuareg-Gruppen kann zumindest der Beginn einer langfristigen Stabilisierung Malis sein.

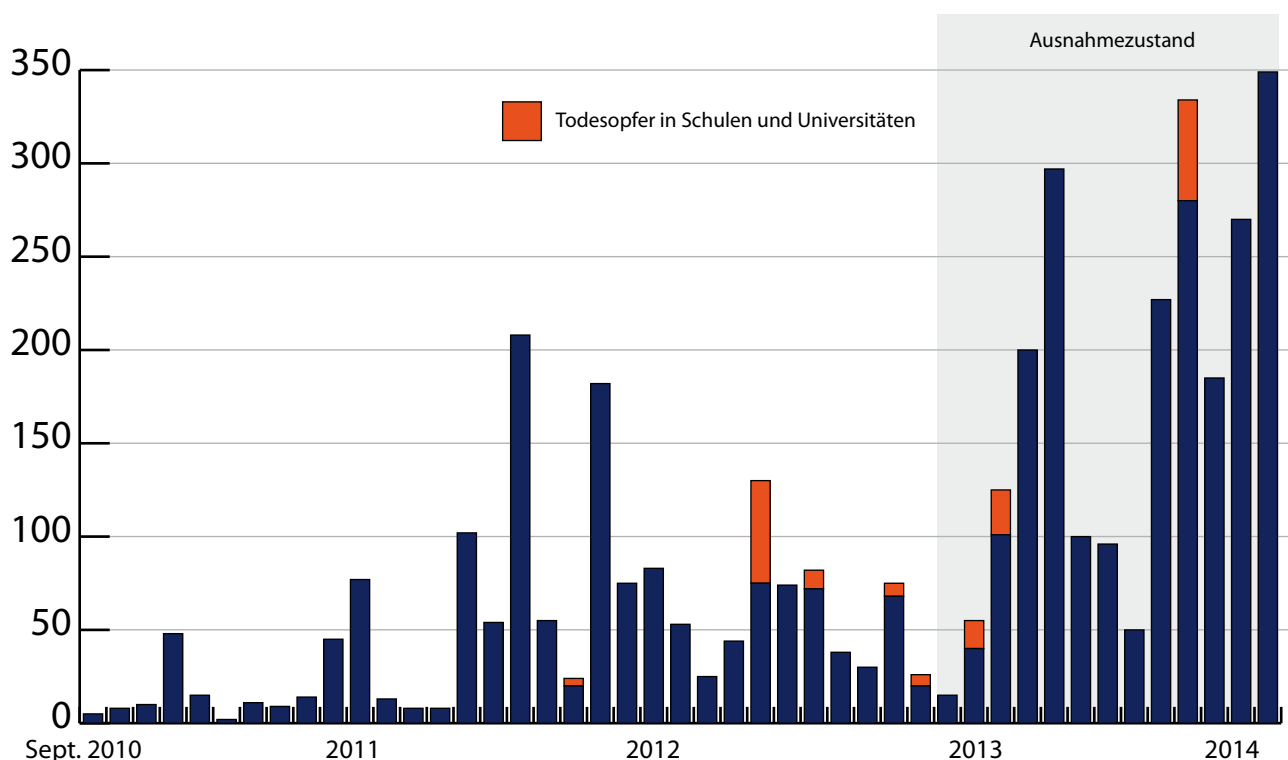
Brennpunkt Nigeria

Nigeria ist der völker- und bevölkerungsreichste Staat sowie die größte Volkswirtschaft Afrikas. Damit kommt Nigeria auch unter den westafrikanischen Staaten eine besondere Bedeutung zu. De facto sind alle sicherheitspolitischen Initiativen nicht zuletzt davon abhängig, ob sich Nigeria anschließt. Allerdings hindern innere Konflikte Nigeria seit Jahren daran, sein volles außenpolitisches Potential ausschöpfen zu können. Ab 2006 war es vor allem die Bewegung für die Emanzipation des Nigerdeltas (MEND), die im Süden Nigerias aktiv war und international für Aufmerksamkeit sorgte, weil sie vorwiegend Ausländer entführte, die in der Erdölindustrie tätig waren. Für deren Freilassung stellte MEND politische Forderungen und verlangte erfolgreich Lösegeld. Zurzeit richtet sich der Fokus der Gruppe auf die Störung der Erdölproduktion, die sie bis zum Jahr 2015 zum Erliegen bringen möchte.

Boko Haram wurde 2002 gegründet und griff erst 2009 nach dem Tod ihres ersten Anführers zu den Waffen, um einen islamischen Staat zu erzwingen. Es bestehen jedoch Zweifel, dass Boko Haram eine straff organisierte Gruppe ist. Einigen Politikern und hohen Militärs wird ein Naheverhältnis zu dieser Gruppierung nachgesagt.

In den ersten Jahren ihres Bestehens war ihr Aktionsradius auf wenige Gebiete in Nordnigeria sowie die Hauptstadt Abuja beschränkt. In weiterer Folge dehnte sie ihr Operationsgebiet jedoch immer weiter aus, griff auch Ziele in Kamerun an und regionalisierte damit ihren Kampf. Kamerun reagierte mit der Verlegung von Soldaten und Polizisten in den äußersten Norden an die Grenze zu Nigeria. Zudem hat die Gruppe ihren Operationsmodus geändert. Waren in der ersten Phase hauptsächlich gezielte Attacken erkennbar, hat sich dieses Bild im Laufe der Zeit gewandelt. Die Bombenanschläge und Überfälle auf Dörfer, die seit Beginn des Jahres 2014 noch einmal zugenommen haben, treffen nun wahllos Angehörige aller Konfessionen. Die spektakulärste Aktion und jene mit der größten internationalen Aufmerksamkeit war die Entführung von ca. 200 Schulumädchen. Obwohl danach noch eine Reihe größerer Anschläge verübt wurde, könnte dieses Ereignis zu einem Wendepunkt werden. Nigeria wandte sich hilfesuchend an die internationale Gemeinschaft und Staaten wie das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, Frankreich, die USA und China haben aus unterschiedlichen Beweggründen ihre Unterstützung nicht nur zugesagt, sondern helfen bereits den Behörden vor Ort.

Zivile Opfer durch Anschläge der Boko Haram von September 2010 bis Mai 2014



Quelle: BBC.com

Regionale Zusammenarbeit

Im weitesten Sinn haben viele der Organisationen Berührungspunkte mit Sicherheit und Sicherheitspolitik. Dies reicht von gemeinsamen Finanzinstitutionen wie der African Development Bank und der Union économique et Monétaire Ouest Africaine (UEMOA - Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion) über Organisationen wie die African Telecommunications Union bis zu regional sehr spezialisierten Organisationen wie etwa der Lake Chad Basin Commission. Einzelne Staaten reagieren sehr sensibel auf manche Organisationen, vor allem wenn sie verdächtigt werden, dass die ehemalige Kolonialmacht über diese versucht, nach wie vor ihren Einfluss geltend zu machen. So wird beispielsweise in den englischsprachigen Staaten die UEMOA mit Argusaugen betrachtet, da diese befürchten, dass Frankreich versuchen könnte, seine Interessen auch auf diesem Wege um- bzw. durchzusetzen.

Die Schaffung weiterer regionaler Mechanismen zur Zusammenarbeit, die zwei oder mehrere Staaten umfassen, kann durchaus positive Impulse für die sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Region bringen. Nämlich dann, wenn die diesbezüglichen Abkommen in der Praxis auch umgesetzt werden. Denn einige Vereinbarungen aus der Vergangenheit bestanden nur auf dem Papier, und konnten nicht die gewünschten Effekte erzielen. Die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren kann sich aus mehreren Gründen als schwierig erweisen. Sprache kann einer dieser Faktoren sein, der besonders zwischen anglophonen und frankophonen Staaten hinderlich wirken kann. Gegenseitiges Misstrauen aufgrund von früheren Konflikten – wie etwa der Streit zwischen Nigeria und Kamerun um die Bakassi-Halbinsel – kann ebenfalls ein Hindernis darstellen. Die Zusammenarbeit bei staatenübergreifenden Herausforderungen wird zudem erschwert, wenn Staaten betroffen sind, die nicht derselben regionalen Wirtschaftsgemeinschaft angehören.

Bis vor wenigen Jahren waren die sicherheitspolitischen Organisationen noch ein Erbe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (wie etwa der Dekolonisierung und des Kalten Krieges). Sie versuchten sich nach 1989 dem neuen Umfeld anzupassen und wurden auch von der Afrikanischen Union (AU) als subregionale Organisationen anerkannt. In den letzten Jahren ist allerdings Bewegung in die sicherheitspolitische Landschaft in und um die Region Westafrika gekommen. Bi- und multilaterale Kooperationen werden entweder wiederbelebt oder neu gegründet. Im Jänner 2014 wurde beispielsweise zwischen Mali und Algerien eine engere Zusammenarbeit im Sicherheitssektor vereinbart.

Internationale Initiativen im Bereich Sicherheit

Die ECOWAS (Economic Community of West African States) ist derzeit die sicherheitspolitisch bedeutendste Organisation der westafrikanischen Staaten. Sie wurde 1975 mit dem Vertrag von Lagos gegründet mit dem Ziel der Förderung der wirtschaftlichen Integration der Mitgliedsstaaten. 1993 wurde der

Vertrag überarbeitet, um die Integration zu beschleunigen. Die Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit begann 1978 mit dem Protocol on Non-Aggression und setzte sich seither dynamisch fort. Von 1989 bis 2003 engagierte sich ECOWAS mit ECOMOG (ECOWAS Monitoring Group) im Krisenmanagement in mehreren westafrikanischen Staaten. Zusätzlich engagiert sich ECOWAS im Bereich der präventiven Diplomatie. 2008 bot ein neuer ECOWAS Conflict Prevention Framework (ECPF) der Organisation die Möglichkeit, eine akkordierte Strategie zur Friedensschaffung sowie die Bestimmungen, die unter anderem im überarbeiteten ECOWAS Vertrag dargelegt sind, zu implementieren. Im Vertrag werden mehrere, auch die regionale Sicherheit betreffende, Kooperationen geregelt. Dies bedeutete einen Meilenstein in der Weiterentwicklung der regionalen Zusammenarbeit und Integration im Bereich Sicherheit.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Französische und malische Truppen in Timbuktu

Die vielfältigen Probleme und Herausforderungen machen es notwendig, Westafrika nicht auf eine Regionalorganisation wie ECOWAS zu reduzieren, sondern in einem breiteren Kontext zu sehen. Die AU kann ebenso einen Beitrag leisten wie die Gemeinschaft der Sahel-Sahara-Staaten (Cen-Sad). Bereits die Vorgängerorganisation der AU widmete sich grenzübergreifenden Problemstellungen. Seit ihrer Gründung im Jahr 2002 hat die AU zudem mehrere Instrumente wie den Aktionsplan zur Prävention und zum Kampf gegen den Terrorismus geschaffen.

In Bezug auf terroristische Gruppierungen wäre die Cen-Sad sogar jene Gruppe, die vermutlich den größten Beitrag zur Sicherheit leisten könnte, falls die politischen Prozesse dies in den Mitgliedsstaaten sowie untereinander zulassen. 1998 von Muammar Gaddafi gegründet, um den libyschen Einfluss auf afrikanische Staaten auszudehnen, wuchs die Organisation von sechs auf mittlerweile 28 Mitglieder. Das einzige Land, das von Terrorismus direkt betroffen ist und Cen-Sad nicht angehört, ist Algerien. Im Eigeninteresse des Landes sollte es jedoch möglich

sein, Algerien sowohl in die Entscheidungsprozesse als auch in die Implementierungsstrategien einzubinden.

Die Herausforderungen im Bereich Sicherheit führen zu einer verstärkten Zusammenarbeit der betroffenen Staaten, die sich mit unterschiedlichen Intentionen den verschiedenen Initiativen und regionalen Kooperationen anschließen. Bereits seit 2010 gibt es das Joint Military Staff Committee of the Sahel Region (CEMOC), dem Nigeria, Burkina Faso, Libyen, Algerien und der Tschad angehören. Algerien, Mali, Niger und Mauretanien haben beim Sahel-Sahara-Sicherheitsgipfel im April 2013 den Grundstein für eine intensivere sicherheitspolitische Zusammenarbeit gelegt. Der sogenannte „Tamanrasset Plan“ sieht eine Kooperation im Bereich nachrichtendienstlicher Zusammenarbeit gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität, Waffenschmuggel und Entführungen vor.

Aber auch außerafrikanische Akteure engagieren sich bei der Bekämpfung terroristischer Gruppen und Aktivitäten. Die USA unterstützen die Region unter anderem im Rahmen der Trans Sahara Counter Terrorism Partnership (TSCTP). Diese Initiative wird vom US-Verteidigungsministerium gemeinsam mit der Organisation für Entwicklungszusammenarbeit USAID durchgeführt.

Das EU-Engagement in Westafrika

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten engagieren sich auf vielfältige Weise, wobei viele Initiativen über die ECOWAS hinausgehen. Zu nennen wäre etwa die 2011 beschlossene EU-Strategie für Sicherheit und Entwicklung in der Sahel-Region. Trotzdem sollte die EU ihre Aufmerksamkeit noch stärker auf Westafrika legen, da ihre politischen Ansätze durchaus Potential hätten. Die politische Instabilität in mehreren Staaten der westlichen Sahel-Region und in Nigeria ist in Kombination mit transnational organisierter Kriminalität eine ernsthafte Bedrohung – auch für die EU. Die Staaten Westafrikas wiederum haben den Handel mit der EU im Auge und möchten ein Freihandelsabkommen erreichen, um von einem Hilfsempfänger zu einem gleichberechtigten Handelspartner zu werden.

Trotz dieser Interessen hat sich die EU bis zu ihrer Mission in Mali (EUTM Mali) lediglich in Guinea-Bissau (2008 bis 2010, Unterstützung für eine Sicherheitssektorreform) engagiert, ansonsten waren weder Soldaten noch Polizisten eingesetzt. Die Zurückhaltung der EU fällt umso mehr auf, wenn die geringe Präsenz der EU in Westafrika mit deren Engagement in anderen Regionen wie dem Horn von Afrika verglichen wird. Die EU-Maßnahmen konzentrierten sich darauf, ECOWAS und die einzelnen Regierungen im Kapazitätsaufbau zu unterstützen, damit diese selbst für die Sicherheit in der Region sorgen können. Dies betrifft vor allem die Bereiche Krisen- und Konfliktmanagement sowie den Kampf gegen Terrorismus und Organisierte Kriminalität.

Die Krise in Mali hatte auch Auswirkungen auf die Nachbarländer bzw. auf deren eigene Wahrnehmung ihrer Sicherheitslage. Die Regierung der Republik Niger hat deshalb im Sommer 2012 die EU um Hilfe gebeten und EUCAP SAHEL Niger wurde daraufhin

beschlossen. Die Mission besteht aus ca. 50 Expertinnen und Experten von Sicherheitskräften und aus Justizministerien von EU-Staaten und ist in der nigrischen Hauptstadt Niamey stationiert. Die wesentliche Aufgabe der Mission ist es, Niger bei der Entwicklung eines nachhaltigen Ansatzes zur Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität zu unterstützen. EUCAP SAHEL Niger ist im Kontext der Sahel-Strategie zu sehen und damit Teil eines umfassenderen Ansatzes der EU für diese Region.

Die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland können nach wie vor einen gewissen politischen Einfluss ausüben. Wie die Beispiele in Mali sowie in der Zentralafrikanischen Republik gezeigt haben, ist vor allem Frankreich bereit, sich auch militärisch in Westafrika zu engagieren. Der Beitrag Frankreichs war allerdings weniger ein Beitrag zu einem positiven Staatsbildungsprozess als vielmehr Eindämmungspolitik gegenüber islamistischen Kräften. Das französische Engagement hat aber auch dazu geführt, dass sich die EU im Konzert mit anderen internationalen Akteuren mit einer eigenen Mission an der Stabilisierung Malis beteiligt. Diese Zusammenarbeit sowie eine Aufgabenteilung in den verschiedenen Bereichen des (Wieder-)Aufbaus staatlicher Institutionen könnten einen wichtigen Beitrag leisten, wenn die internationale Gemeinschaft gewillt ist, das Land über einen längeren Zeitraum zu unterstützen.

HINTERGRUND

■ Die EU in Afrika

Mission	Zeitraum
ARTEMIS/DRC	Juni 2003 – September 2003
EUPOL Kinshasa abgelöst durch EUPOL RD Congo	April 2005 – Dezember 2006 Seit Juli 2007
EUSEC RD Congo	Seit Juni 2005
EU support to AMIS Darfur	Juli 2005 – Dezember 2007
EUFOR RD Congo	April 2006 – November 2006
EUFOR Tchad/RCA	Jänner 2008 – März 2009
EU SSR Guinea-Bissau	Februar 2008 – September 2010
EU NAVFOR Somalia (Atalanta)	Seit Dezember 2008
EUTM Somalia	Seit April 2010
EUFOR Libya	April 2011 – November 2011
EUAVSEC South Sudan	Juni 2012 – Jänner 2014
EUCAP NESTOR Horn of Africa	Seit Juli 2012
EUCAP Sahel Niger	Seit August 2012
EUTM Mali	Seit Februar 2013
EUBAM Libya	Seit Mai 2013
EUCAP Sahel Mali	Seit April 2014

Quelle: eeas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/

Westafrika im Überblick

	Land	Fläche ¹	Bevölkerung ¹	Sprachen ²	BIP/Kopf ³	BiP/Kopf ppp ³	Religionen in % ⁴		
	Hauptstadt	in km ²	2013		US \$	international \$	Christen	Muslime	Andere
	Benin Porto Novo	112.622	10,32 Mio.	54	752	1.716	43,77	25,46	30,77
	Burkina Faso Ougadougou	273.800	16,93 Mio.	69	652	1.555	22,41	53,69	23,90
	Côte d'Ivoire Yamoussoukro	322.460	20,13 Mio.	80	1.244	2.795	34,31	40,58	25,11
	Gambia Banjul	11.000	1,9 Mio.	11	507	1.592	4,35	88,68	6,97
	Ghana Accra	238.535	25,90 Mio.	81	1.605	3.702	63,96	19,85	16,19
	Guinea Conakry	245.857	11,75 Mio.	39	492	1.237	3,65	84,81	11,54
	Guinea-Bissau Bissau	36.125	1,70 Mio.	22	494	1.184	12,20	44,47	43,33
	Kap Verde Praia	4.033	498.900	2	3.695	6.422	95,05	2,77	2,18
	Liberia Monrovia	111.369	4,29 Mio.	31	414	796	40,53	16,04	43,43
	Mali Bamako	1.240.192	15,30 Mio.	66	699	1.635	3,24	87,14	9,62
	Niger Niamey	1.267.000	17,83 Mio.	21	395	899	0,35	95,41	4,24
	Nigeria Abuja	923.768	173,62 Mio.	529	2.722	5.535	46,45	45,53	8,02
	Senegal Dakar	196.723	14,13 Mio.	38	1.023	2.212	5,49	90,64	3,87
	Sierra Leone Freetown	71.740	6,09 Mio.	25	635	1.614	13,26	64,64	22,10
	Togo Lomé	56.785	6,82 Mio.	42	574	1.308	46,97	18,36	34,67
	Österreich Wien	83.879 ⁵	8,48 Mio ⁵	11	46.792	44.122	78,50	4,22	17,28

¹ AfDB African Development Bank 2013 ² www.ethnologue.com ³ World Bank 2012

⁴ ARDA Association of Religion Data Archives www.thearda.com ⁵ Statistik Austria

Herausforderungen der Zukunft

Die Austragung von Konflikten entlang religiöser Trennlinien bzw. die Ethnisierung von Konflikten und die dadurch entstehenden tiefen Klüfte innerhalb der Gesellschaften stellen die größte Herausforderung für die einzelnen Staaten dar. Das Interesse der internationalen Staatengemeinschaft besteht vor allem an den Herausforderungen für die internationale Sicherheit (z.B. Terrorismus) sowie am Zugang zu natürlichen Ressourcen.

Internationale Akteure, Staaten wie Organisationen, werden ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss weiterhin geltend machen. In diesem Zusammenhang dürfen auch multinationale Unternehmen nicht vergessen werden, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Dominanz zu den einflussreichsten Akteuren zählen.

Migration ist nicht nur ein Phänomen, das grenzüberschreitend wirksam wird. Binnenmigration und dabei vor allem eine verstärkte Urbanisierung werden den Ländern Westafrikas zusetzen. Dies betrifft nicht nur Fragen der Sicherheit und der Versorgung, sondern auch jene der Infrastruktur wie z.B. Wasser- und Abwassermanagement. Die Kombination dieser Faktoren wird vor allem in den größeren Städten eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft sein.

Konflikte in Westafrika, deren Wurzeln oft weit in die Vergangenheit reichen und die sich über Jahre und Jahrzehnte aufgebaut haben, können mit kurzfristigen Maßnahmen möglicherweise eingedämmt werden. Für eine langfristige Konflikttransformation werden allerdings größere Zeitspannen notwendig sein. Wenn sich externe Akteure wie einzelne Staaten oder internationale Organisationen in Friedensmissionen engagieren, sollten sie diesem Umstand Rechnung tragen. Eine erfolgreiche Transformation kann erleichtert werden, wenn möglichst alle lokalen Akteure in einen Friedens- und Aussöhnungsprozess miteinbezogen werden.

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich gezeigt, dass weder AU noch ECOWAS die Last eines umfassenden Engagements alleine tragen können, sondern auf externe Unterstützung angewiesen sind. Als verlässliche Partner kommen sowohl die UNO als auch die EU in Frage.

In den kommenden Jahren könnten sich westafrikanische Staaten im Bereich Energieressourcen zu einem sehr wichtigen Partner für die EU und ihre Mitgliedsstaaten entwickeln. Gerade wenn Unsicherheit und Unterbrechungen der Lieferungen aus anderen Regionen (z.B. Russland) zu einem Risiko für die EU werden, könnte Westafrika zu einem wichtigen Handelspartner aufsteigen.

Abkürzungsverzeichnis

Ansaru	Jama'atu Ansaril Muslimina fi Biladis Sudan
AQIM	Al-Qaeda im Maghreb
AU	Afrikanische Union
CEMOC	Joint Military Staff Committee of the Sahel Region
Cen-Sad	Gemeinschaft der Sahel-Sahara-Staaten
ECOMOG	Economic Community of West African States Monitoring Group
ECOWAS	Economic Community of West African States
ECPF	ECOWAS Conflict Prevention Framework
EUTM Mali	European Union Training Mission in Mali
HCUA	Haut Conseil pour l'unité de l'Azawad
IMB	International Maritime Bureau
MAA	Mouvement Arabe de l'Azawad
MEND	Movement for Emancipation of the Niger Delta
MNLA	Mouvement National de Libération de l'Azawad
MRU	Mano River Union
Mujao	Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest
TSCTP	Trans Sahara Counter Terrorism Partnership
UEMOA	Union économique et Monétaire Ouest Africaine
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime

GEPLANTE PUBLIKATIONEN 2014 (AUSWAHL)

- ⇒ IFK Monitor:
Ukraine – Ein nationales und geopolitisches Drama
- ⇒ IFK Aktuell:
Aktuelle Entwicklungen auf dem Westbalkan
- ⇒ Study Group Information:
„Political Parties in South East Europe:
Supporting Intra-State, Regional and
European Consolidation?“
- ⇒ Schriftenreihe der LVak:
Hybridität politischer Machtprojektion

Sie finden unsere BMLVS - Publikationen auch
im Internet auf unserer Homepage unter

[http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/
lvak/ifk/ifk.shtml](http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml)

IMPRESSUM

■ Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für
Landesverteidigung und Sport
Rossauer Lände 1
1090 Wien

■ Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

■ Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für
Landesverteidigung und Sport
Alle Rechte vorbehalten

Juli 2014

■ Druck:

BMLVS / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien
HDruckZ xxxx/13

Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

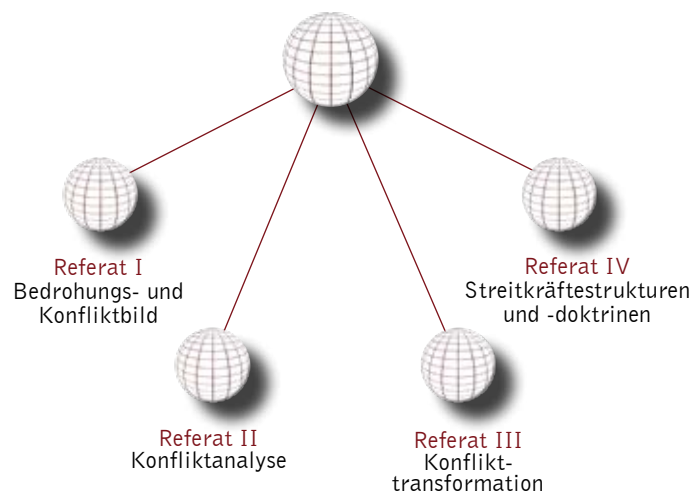
alle Bilder Rückseite: CC-BY-2.0 Flickr User
links oben: Irish Defence Forces;
links unten: Brittany Danisch;
mitte oben: DVIDSHUB/1st Lt. Mark Lazane
mitte unten: US Army Africa
rechts: Marco Bellucci

DAS INSTITUT

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVak) des österreichischen Bundesheeres. Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
- Forschung und Lehre
- Öffentlichkeitsarbeit

INSTITUTSLEITUNG



- **Bedrohungs- und Konfliktbild:** Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und asymmetrische Bedrohungen ein zentrales Forschungsgebiet dar.
- **Konfliktanalyse:** Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.
- **Konflikttransformation:** Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.
- **Streitkräftestrukturen und -doktrinen:** In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.



Dr. Gerald Hainzl

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Afrika-Experte am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Er verfasste zahlreiche wissenschaftliche Publikationen zu Krisen und Konflikten in Afrika. Im Rahmen seiner Tätigkeit beschäftigt er sich mit afrikanischer Sicherheitspolitik, Konfliktforschung sowie afrikanischen Regionalorganisationen.

Diese Publikation entstand mit besonderer Unterstützung
von Teresa Mayr, Mirko Ebelshäuser, Michael Zinkanell

